„Der Courier"
Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch,
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Eddinn,
Geschäftsführender Direktor,
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal: — 1835-1837 Halifax Strasse, Regina, Sask.
Telephon 3391
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Wittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.: Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Minderheitenfrage und Deutschcanadier

Hon. Dr. J. M. Uhrich, der Minister für öffentliches Gesundheitswesen in der Regierung von Saskatchewan, hat schon mehr als einmal nachdrücklich darauf hingewiesen, daß das Recht der nationalen Minderheiten ein Grundrecht der Zivilisation und Demokratie ist. Nun findet diese Idee eine Bekräftigung und Bestätigung in einem Aufsatz „Minderheiten und Rassenchauvinismus", verfaßt von Dr. jur. et phil. Baron A. Hevking in Genf (Schweiz). Der Artikel ist im ersten Märzhefte der Halbmonatsschrift „Der Auslanddeutsche" (Stuttgart, Deutschland) erschienen und behandelt das Thema mit einer bemerkenswerten Gründlichkeit. Da die Ausführungen jedoch in ziemlich wissenschaftlichem Tone gehalten sind, eignen sie sich nicht zum Abdruck in einer Tageszeitung. Um aber trotzdem unseren Lesern ein gutes Bild von den dort niedergelegten Gedanken zu vermitteln, geben wir sie mit eigenen Worten wieder.

Die Minderheitsfrage ist durch den nationalen Fanatismus entstanden. So steht heute die Zivilisation einer neuen Art von Bedrückung gegenüber, die nicht weniger verheerend wirkt, wie religiöse Verfolgungen. Die Minderheiten werden von der Mehrheit einer Unterdrückung unterworfen, die der religiösen Vergewaltigung in nichts an Brutalität und Rechtsberaubung nachsteht. Die nationale Unduldsamkeit gegenüber den Minderheiten ist die Folge eines beschränkten Geistes und der Herrschaft von rohen Instinkten, die von Gleichheit und Brüderlichkeit unter den Menschen nichts wissen will. Anstatt zur Festigung des Staates beizutragen durch ein Einvernehmen zwischen den verschiedenen Volksstämmen, die ein Land bewohnen, zielt der Rassenfanatismus darauf ab, Zwietracht zu säen, indem man die Minderheiten zurücksetzt und benachteiligt. Wollen die Minderheiten ihre Eigenart bewahren, so wird das von der Mehrheit als gefährlich für den nationalen Gedanken des Staates angesehen.

Dann fährt Baron A. Henking in seinem Artikel wörtlich weiter:

„Nehmen wir als Beispiel ein Haus, in dem Menschen verschiedener Gesellschaftsklassen, verschiedener völkischer Herkunft, von verschiedener Erziehung und verschiedenem religiösem Glauben sehr friedlich beisammen wohnen. Alle diese Leute sind dem Hauseigentümer in gleicher Weise willkommen, falls sie nur die Miete zahlen und sich vorschriftsmäßig betragen. Ein zweites Beispiel kann in einem Hausbau gefunden werden, bei dem Leute italienischer, französischer und deutscher Rasse zusammen beschäftigt sind, wie das in der Schweiz oft vorkommt. Der Werkführer spricht mit einem jeden von ihnen dessen Sprache und alle richten ihre Bemühungen auf denselben Punkt, den Bau des Hauses. Streitigkeiten unter ihnen über den Hausbau sind ausgeschlossen, weil sie sich alle einem höheren Zweck unterordnen. Ebenso steht in einem Staat das Gemeinwohl, das Interesse am Ganzen, über den Interessen des einzelnen, und wenn auch der einzelne in Sprache, Sitte und Religion sich von seinem Nachbar unterscheidet, so kann darüber doch vom Gesichtspunkt des Staates kein Streit entstehen, weil eben alle Staatsbürger in gleicher Weise an der Erhaltung des Ganzen interessiert sind. Der Wert eines Staatsbürgers wird nicht nach seiner Rasse oder nach seiner Religion bemessen, sondern darnach, ob er ehrlich und arbeitsam ist; denn ein Staat muß, um lebensfähig zu sein, von seinen eigenen Mitteln und der produktiven Arbeit seiner Bürger leben."

Der Hauptgrund für die Bedrückung der Minderheiten liegt nach Ansicht von Baron A. Henking im Rassenfanatismus. Eine Betrachtung der Weltgeschichte und insbesondere der Geschichte der letzten sechs Jahre liefert dafür einen unwiderlegbaren Beweis. Das Minderheitenproblem ist zugleich eine politische wie eine moralische Frage. Es kann nur gelöst werden, wenn die Völker dem fanatischen Nationalismus entsagen und sich die Losung vom „Leben und leben lassen" zu eigen machen. Man braucht nur dem Beispiel der Schweiz zu folgen, wo es überhaupt keine Minderheitenfrage gibt, obwohl dort auf engem Raum Menschen deutscher, französischer und italienischer Abstammung zusammenleben. In der Schweiz ist aber auch die nationale Duldsamkeit in einer geradezu vorbildlichen Weise entwickelt.

Der „Courier" braucht diesen Darlegungen nur einen knappen Auszug aus dem umfangreichen Aufsatz darstellen, kaum einige Worte hinzuzufügen. Jeder Deutschcanadier, der sich als lebendiges Glied der deutschen Minderheit in Canada fühlt, muß mit großem Schmerze feststellen, daß auch im „freien" Canada die Minderheitenrechte hinsichtlich der Muttersprache in keiner Weise berücksichtigt werden. Wenn man hier auch nicht von einer öffentlichen und gewaltsamen Unterdrückung sprechen kann, so wird doch auf Schleichwegen und durch Hintertüren dasselbe Ziel angestrebt. Die feierlichen Versprechungen, die man den deutschen Einwanderern vor dem Kriege gemacht hat, werden einfach mißachtet. Möglichst schnelle und gründliche Verenglischung (Anglisierung) wird mit allen Mitteln betrieben. Dagegen müssen unsere Deutschsprechenden sich unter Aufbietung aller Kräfte zur Wehr setzen. Jeder muß dafür sorgen, daß seinen Kindern, seinen teuersten Kleinodien, das Sonnenlicht der deutschen Muttersprache, der deutschen Sitte und des deutschen Geistes auch im neuen Lande erhalten bleibt.

— Das ist das Zeichen eines elendigen und lieblosen Menschen, wenn einer immer von dem Entfernten und Allgemeinen klingelt und für das Nahe und Einzelne nichts tut, wer sein Weib, seine Kinder und Nachbarn nicht mehr liebt als Fremde. Unser Haus, unsere Kinder, unsere Nachbarn, unser Land, unser Volk, die sollen wir über alles lieben und verteidigen, so lieben wir auch die Länder und Völker am besten. Ernst Moritz Arndt.

In Sorge um den europäischen Frieden

Chamberlain schlägt Garantievertrag mit Deutschland vor.

Austen Chamberlain, der britische Sekretär des Auswärtigen Amtes, gab im Unterhause die Erklärung ab, daß Großbritannien mit dem Genfer Protokoll nichts weiter zu tun haben, vielmehr den Versuch machen wolle, einen dauernden Frieden auf einer anderen Grundlage — nämlich unter Zugrundelegung eines Paktes zwischen Deutschland und den Verbandsmächten — herzustellen. Dieser Pakt würde, wie Chamberlain sagte, die jetzige westliche Grenze Deutschlands gegen jede Veränderung garantieren und Deutschland würde sich verpflichten, jeden Gedanken aufzugeben, je zum Kriege zu schreiten, um Aenderungen der östlichen deutschen Grenze, wie sie nach dem Weltkriege festgesetzt wurde, herbeizuführen.

Der Außensekretär stellte auch Deutschlands Zulassung zum Völkerbund mit Mitgliedschaft im Ligarat in Aussicht, fügte aber hinzu, daß die deutschen Vorschläge in der angedeuteten Richtung nur dann Früchte bringen würden, „wenn Großbritannien und die Nachbarnation über dem Kanal die übrigen Fragen der Entwaffnung und der Räumung der Kölner Zone rasch und erfolgreich erledigen könnten.

Seit dem Kriege, sagte Chamberlain, sei Europa, ebenso wie das während des Krieges der Fall war, in zwei Lager geteilt und jede Nation sei von Furcht beseelt. Wenn dieser Zustand fortdauern sollte, werde Europa früher oder später wieder zu einem neuen Armageddon marschieren, aber in dem geplanten Garantiepakt sei der Anbruch eines besseren Tages zu sehen. Er setzte hinzu:

„Wenn Sie von dieser Atmosphäre der Furcht und des Mißtrauens nichts loskommen, dann wird Europa, wenn nicht in meiner Zeit, so vielleicht in der Zeit meiner Kinder oder Enkel, wieder der Schauplatz eines Kampfes sein und die Generation, die dann für jenen unnötigen Krieg wird büßen müssen, wird über die Staatsmänner der Gegenwart ein hartes Urteil fällen, weil diese es versäumten, rechtzeitig Maßnahmen zu treffen, durch die ein solcher Krieg hätte verhindert werden können."

Weltumschau

Deutschland.

Der frühere Reichskanzler und preußische Ministerpräsident Dr. Wilhelm Marx, der vom Zentrum als Präsidentschaftskandidat aufgestellt worden ist, hielt in Köln in einer Wahlversammlung, die von der Bevölkerung des Rheinlandes und Westfalens stark besucht war, eine bemerkenswerte Rede. Der Exkanzler erklärte: „Unser Hauptzweck ist, dem demokratischen Staatswesen den deutschen Geist einzuhauchen. Das neue deutsche Staatswesen und die neue Flagge begreifen durchaus nicht in sich, daß wir das Reich und die Flagge von 1871 zu verleugnen haben."

Im übrigen sagte der Zentrumskandidat, er werde den Pfad, den er als Reichskanzler beschritten, auch fernerhin verfolgen.

Auf die Frage des Beitritts Deutschlands zur Völkerliga eingehend, sagte er, unbeirrbar berge der Völkerbund die Möglichkeit einer Versöhnung der Nationen unter einander in sich. Verantwortliche deutsche Kreise würden deshalb gut daran tun, die Frage eines Beitritts Deutschlands zur Liga gründlich zu studieren. Unter keinen Umständen dürfe indeß der Anschluß des Reiches an den Völkerbund unter demütigen Bedingungen oder unter Bedingungen, die seine Sicherheit gefährden würden, erzwungen werden. Er fügte bei, Deutschland müsse im voraus die Sicherheit werden, daß ihm ein Platz in der Liga angewiesen werde, der seiner internationalen Bedeutung entspreche.

Der Nationalausschuß der vereinigten deutschen Gewerkschaften hat in einer kürzlich abgehaltenen Sitzung einstimmig eine Entschließung angenommen, welche die Wiedereinführung des Achtstundentages im ganzen deutschen Reich fordert. Reichsregierung und Reichstag sollen angegangen werden, in Verbindung mit der Ratifizierung der Washingtoner Arbeitskonvention die Annahme einer Vorlage zur Einführung des Achtstundentages nach Kräften zu fördern.

Die deutschen Kreditverhältnisse zeigen verschiedene Merkmale eines andauernden Gesundungsprozesses. Die Einlagen bei den Banken haben sich auf 50 bis 60 Prozent der Vorkriegsbestände gehoben u. Dr. Schacht schätzt den gegenwärtigen Kapitalbestand der deutschen Wirtschaft auf 8 bis 9 Milliarden Goldmark, wovon die Einlagen und Giroguthaben bei den Sparkassen und Kreditgenossenschaften 2 Milliarden, die Prämienreserven und die eigenen Vermögensbestände der Versicherungsgesellschaften ungefähr eine halbe Milliarde und die Guthaben bei den Banken Deutschlands sechs Milliarden Goldmark betragen. Nach Erklärung des Reichsbankpräsidenten konnte jedoch das vorjährige Defizit der Handelsbilanz, das 2,700,000,000 Goldmark ausmachte, größtenteils nur im Wege des Auslandskredites gedeckt werden, dessen Höhe er im abgelaufenen Jahr auf 1½ bis 2 Milliarden Goldmark schätzt. Der deutsche Kreditmarkt weist also eine sehr enge Entwicklung der inländischen Spartätigkeit und gleichzeitig eine außerordentlich enge Verflechtung mit den ausländischen Kreditzentren auf, die allmählich ihre Wirkung auch in der Diskont- und Kreditpolitik der Reichsbank fühlbar machen und die Rückkehr zu den Vorkriegsverhältnissen beschleunigen wird. Ob diese Ueberleitung ohne weitere Schwierigkeiten gelingen wird, hängt wie erklärt wird, außer von dem so dringend benötigten Wirtschaftsaufschwung vor allem von der reibungslosen Funktionierung des Dawes'schen Apparates ab.

Der Jahresbericht der Reichsbank für das abgelaufene Jahr weist einen Bruttogewinn von 307 Millionen und einen Reingewinn von 122 Millionen Mark auf. Der Anteil der Reichsregierung an dem Gewinn beträgt 55 Millionen Mark. Es wurde in Vorschlag gebracht, eine 10prozentige Dividende zu bezahlen. Die Reichsbank hat jetzt 46,380 Kundenkonti, oder mehr als doppelt so viel als beim Ausbruch des Krieges. Als Ursache der Prosperität der Bank im letzten Jahre werden ihre umfangreichen Kreditoperationen und die hohen Zinsräte angegeben.

Eine bisher unbekannte Krankheit ist in verschiedenen Teilen von Berlin epidemisch aufgetreten und mehrere Schulen haben bereits geschlossen werden müssen. Die Sanitätsbehörden sind bemüht, festzustellen, um welche Krankheit es sich handelt. Die Symptome der Krankheit sind Halsentzündung, angeschwollene Mandeldrüsen und häufiges Nasenbluten. Mehrere Aerzte glauben, daß es sich um eine heftige Form der Grippe handelt.

Oesterreich.

Albert H. Washburn, hat, wie er bekannt gab, als Gesandter der Ver. Staaten für Oesterreich resigniert. Herr Washburn war im Jahre 1922 von dem inzwischen verstorbenen Präsidenten Harding für das Amt ernannt worden. Bei Ankündigung seines Rücktritts gab er zugleich bekannt, es sei amerikanischer Brauch, daß Diplomaten bei einem Wechsel im Weißen Haus ihre Posten in die Hände des neuen Präsidenten legen, gleichzeitig, ob das Motiv dafür politischer oder privater Natur sei.

Tschechoslowakei.

Das tschechoslowakische Appellationsgericht zu Bratislawa-Pocson hat die hübsche 22jährige Gräfin Louise Esterhazy, eine junge ungarische Aristokratin, zu einem Jahre Gefängnis und 20,000 Kronen Geldstrafe verurteilt, da sie der Spionage und Verschwörung gegen den tschechischen Staat überführt wurde.

Als Beweis wurde ein Brief des Grafen Ostenberg, der eine zeitlang mit der Gräfin verlobt war, und bei dem Versuch geholfen hatte, den König Karl wieder auf den Thron zu erheben, vorgelegt, in dem dieser der Gräfin schrieb, sie möge „eine Verbindung in Polen suchen".

Gräfin Esterhazy erklärte den Richtern, daß sie stolz auf ihre ungarische Nationalität sei, leugnete aber, daß sie polnische Offiziere zur Hilfe bei der Wiederherstellung der Monarchie veranlaßt habe. Sie ist die Tochter der Gräfin Tarnowska, die zu einer polnischen aristokratischen Familie gehört.

Polen.

Auf das deutsch-polnische Uebereinkommen, welches im August vorigen Jahres in Wien unterzeichnet wurde, fußend, hat die deutsche Regierung alle Personen, die in Deutschland leben und für die polnische Nationalität optierten, aufgefordert, bis zum 1. August Deutschland zu verlassen. Alle, die nicht freiwillig gehen, sollen mit Gewalt über die Grenze gebracht werden.

Die polnischen Behörden und privaten Vereinigungen haben Vorbereitungen zum Empfang dieser Personen getroffen, die mehrere tausend Köpfe betragen.

Frankreich.

Charles Hueber, der einzige kommunistische Abgeordnete aus dem Elsaß hielt in der Deputiertenkammer seine Antrittsrede in elsässischer Mundart. Hueber forderte in seiner kurzen Rede **Beibehaltung des Deutschen** als Amtssprache der Beamten im Elsaß. Den meisten Abgeordneten blieb die Rede unverständlich, bis sie ins Französische übertragen worden war. Die Kommunisten klatschten lauten Beifall und brachen in Hochrufe auf Hueber aus, als dieser von der Rednertribüne abtrat.

Trotz des Widerspruches der dreizehn oder sechzehn Abgeordneten aus den zurückgewonnenen Gebieten dürfte sich die Umänderung des Verwaltungsdiktates in Elsaß-Lothringen einschließlich der Säkularisierungsgesetze vollziehen. Die Abgeordneten aus dem Elsaß sind sich bewußt, daß sie in der Kammer eine im Voraus verlorene Schlacht kämpfen. Ihre einzige Hoffnung liegt noch im Senat. In einer Sitzung riefen sie durch ihren Wortführer Michel Walter dem Premier Herriot die Warnung zu, falls die anstößigen Vorlagen trotz ihres Protestes im Namen der Bewohner der beiden Provinzen von der Mehrheit durchgeführt werden würden, so würden sie die Wählerschaft mittelst einer Probeabstimmung darüber beschließen lassen. Der Abgeordnete Walter erbot sich, auf sein Mandat in der Kammer Verzicht zu leisten und seinen Wählern durch eine Neuwahl Gelegenheit zu geben, zu entscheiden, ob sie mit seiner Haltung einverstanden seien. Er machte diesen Vorschlag davon abhängig, daß der Abgeordnete Georges Weill, welcher für eine Maßnahme eintritt, gleichfalls zurücktritt und sich einer Neuwahl unterzieht. Walter bedeutete der Regierungsmehrheit, sie sollten auf die Gefühle und die Ueberzeugung der Elsässer Rücksicht nehmen, denn vierfünftel aller Wähler im Elsaß seien gegen die gegenwärtige Politik der Regierung.

Sachverständige des Bankwesens sind der Ansicht, daß das französische Volk immer noch zwei Milliarden Frank in Gold und Silber in den Sicherheitsgewölben der Banken, Sparsträmpfen oder im Boden versteckt hat. Diese versteckten Münzen, welche jeden Tag bei Abwickelung von Erbschaften zum Vorschein kommen, besitzen den vierfachen Nennwert, sie müssen aber zum Werte des Papiergeldes abgegeben werden.

England.

Alle Grubenarbeiter, Eisenbahner, Maschinenbauer und Transportarbeiter haben den Beschluß gefaßt, sich zu einem einheitlichen Verband zusammenzuschließen. Der Sekretär der Bergarbeiter erklärt, daß dieser neue Verband den Zusammenschluß von mehr als 5 Millionen Arbeitern bedeutet, die in allen Fragen, die die Interessen der Arbeiterschaft berühren, stets einheitlich vorgehen werden. Der Beschluß hat in der englischen öffentlichen Meinung begreifliche Erregung hervorgerufen und man erwartet jetzt mit größter Spannung, wie weit es den Arbeitern gelingen wird, ihre Kräfte für den bevorstehenden Kampf zusammenzufassen.

In der letzten Märzwoche wird einer der parlamentarischen Vertreter der Bergarbeiter einen Gesetzentwurf im Parlament einbringen, durch den der minimale Arbeitslohn der Bergarbeiter festgesetzt werden soll. Zu gleicher Zeit werden die Eisenbahner ihre Lohnforderungen endgültig festlegen, so daß im nächsten Monat ein beispielos heftiger Kampf zwischen Arbeitern und Arbeitgebern zu entbrennen droht. Die englischen Bergwerksbesitzer sind fest entschlossen, den Forderungen der Arbeiterschaft schon mit Rücksicht auf die entschieden ungünstige Lage der Industrie Widerstand zu leisten, so daß der Kampf diesmal leicht zu einem allgemeinen Streik ausarten könnte. Die gleichzeitige Arbeitseinstellung in den größten Industriezweigen wäre diesmal eine besondere Gefahr, weil die Arbeiterschaft in den letzten Jahren von kommunistischen Wühlereien bearbeitet ist, das Schlagwort von der „direkten Aktion" in weitem Umkreise Anhänger erworben hat und die Gewerkschaften leicht zum Mißbrauch ihrer stark organisierten Gewalt verleitet werden könnten.

Verhandlungen zwischen dem britischen und französischen Auswärtigen Amt befassen sich mit einer neuen europäischen Konferenz, die mehr den politischen als den wirtschaftlichen europäischen Wiederaufbau erstrebt. Zur Verhütung neuer Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Frankreich wird versichert, daß die bisherigen Besprechungen durchaus vorläufiger Art sind. Beide Regierungen scheinen jedoch der Ansicht, daß der Versammlung des Völkerbundes im September ein bestimmtes Programm für die europäische Sicherheit vorgelegt werden muß. Nach britischer Meinung kann ein solcher nur Erfolg haben, wenn er Alliierte und Feinde des Weltkrieges einschließt und sie zu schiedlicher Beilegung ihrer internationalen Schwierigkeiten verpflichtet. Der britische Plan geht auf einen Sicherheitsvertrag, der sich auf Schiedsgerichte und bedingungslose Zulassung von Deutschland in den Völkerbund stützt.

Rußland.

Die Sowjet-Regierung hat, um dem Mangel an Getreide und Mehl zu begegnen, im Ausland 370,000 Tonnen Mehl angekauft. In etlichen Provinzen macht sich bereits schlimmer Brotmangel fühlbar. Die Bauern benützen jetzt zum Brotbacken eine Mischung von Maismehl mit Weizenmehl. In Moskau sieht man die Bevölkerung in langen Reihen vor den Staats- und Kooperativbäckereien auf ihre Brotrationen warten. Trotz alledem läßt die Regierung erklären, es sei genügend Mehl vorhanden, um allen Anforderungen zu genügen. Die allgemeine Beunruhigung über eine Brotnot führt die Regierung darauf zurück, daß die Privatbäckereien ihre Produktion eingeschränkt haben.

Die Konzession auf der Insel Sakhalien, welche die Sowjetbehörden den Sinclair Oelinteressen gewährt hatten, wurde vom Sowjetgericht für ungültig erklärt. Das Gericht wies die Regierung an, der amerikanischen Gesellschaft die von ihr als Garantie hinterlegten 200,000 Rubel zurückzugeben.

Drei Beamte der Sowjetregierung und zwei Piloten büßten ihr Leben ein, als ein militärisches Flugzeug, in dem sie sich von Tiflis nach Suchum zu dem dort stattfindenden Sowjetkongreß begeben wollten, Feuer fing und zu Boden stürzte.

Nachrichten aus Georgien lassen erkennen, daß die Oelgebiete in Baku und Grosnij ihre frühere Prosperität langsam wiedererlangen. Nach Angaben russischer Blätter hat die Oelgewinnung in Transkaukasien fast 70 Prozent der Vorkriegsproduktion erreicht. Dies ist durch die wachsende Leistungsfähigkeit des russischen Bahnsystems, das überwiegend das Residuum des Erdölraffinements, den Mazut, zu Heizzwecken verwendet, bewiesen. Der heftige Kampf, der seit einigen Wochen zwischen einzelnen Gruppen des internationalen Großkapitals um die Mangawerke Georgiens wogt, weist darauf hin, daß man in Amerika und Westeuropa die Verhältnisse in Transkaukasien als genügend konsolidiert betrachtet, um die Gruben von Chiaturi mit Hilfe großer Kapitalsanlagen zu modernisieren und auszubeuten. Drei Finanzgruppen — eine britische, eine amerikanische und eine deutsche kämpfen mit einander, um diese Bergwerke, das reichste und wertvollste Manganvorkommen in der Welt, in ihre Hände zu bekommen.

Eine Anzahl Briefe, die nach „St. Petersburg, Rußland" adressiert waren, wurden neulich mit dem Vermerk „Land und Stadt unbekannt" zurückgeschickt. Nach Instruktionen des Sowjet-Postamtes müssen alle Briefe nach Rußland die Bezeichnung Union Sozialistischer Sowjet-Republiken" tragen und St. Petersburg ist jetzt „Leningrad".

Italienischen Faschisten durch derartige Pläne einem der Hauptgrundsätze ihrer Bewegung, der Bekämpfung des Internationalismus, widersprechen und zu vergessen scheinen, daß sie sich als die geschworenen Feinde aller international. Bewegungen erklärt hatten, „gleichviel ob diese von Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Freimaurern, der jüdischen Plutokratie oder jenen Ausländern, die die Entwertung des Lire und die Zerstörung des italienischen Kredits sich zum Ziel gesetzt haben, ausgingen."

Einzelheiten des faschistischen Planes sind bisher noch nicht veröffentlicht worden, aber man deutet an, daß die Partei auf ein Zusammengehen aller rein nationalen Organisationen im Auslande rechnet, ohne Rücksicht darauf, ob sie sich als Faschisten bezeichnen oder nicht.

Italien.

Die Möglichkeit eines internationalen Uebereinkommens zwischen den italienischen Faschisten und ähnlichen Organisationen in anderen Ländern wird jetzt von Führern der Schwarzhemden in Erwägung gezogen. Gegen diesen Plan, der ein einheitliches Zusammenarbeiten aller Faschisten der Welt ins Auge faßt, wird von deren Gegnern in heftigster Weise protestiert.

Gerüchte, daß die Faschisten ein Arbeitsübereinkommen mit ihren Gesinnungsgenossen in anderen Nationen willkommen heißen würden, waren schon lange im Umlauf, aber daß dieser Gedanke jetzt zur Ausführung gelangen soll, ging erst aus dem Programm der in der ersten Märzwoche abgehaltenen Versammlung des Parteirates hervor, in dem als einer der Punkte der Tagesordnung angegeben war: „Vorläufige Untersuchung der Möglichkeit einer allgemeinen Vereinbarung zwischen dem Faschismus und anderen verwandten Bewegungen."

Schweiz.

Die Spielkasinos in der Schweiz werden von der nächsten Woche an verboten sein. Im Bundesrat herrschte in der Sache Stimmengleichheit, doch gab die Stimme des Präsidenten den Ausschlag für den Erlaß des Verbotes. Eine Volksabstimmung hatte sich früher gegen eine Fortdauer der lizenzierten Spielhäuser ausgesprochen.

Ludwig Scholz, der seit etlichen Wochen hier als Privatvertreter deutscher Kolonialinteressen weilt, gab bekannt, daß er eine Denkschrift an Premier Herriot von Frankreich verfaßt hat, worin er auf die Notwendigkeit verweist, Deutschland einen wirtschaftlichen Abfluß zu ermöglichen mittelst einer Kolonie, über welche Deutschland ein Mandat erhalten soll. In Verbindung hiermit macht Ludwig Scholz den Vorschlag, man solle Togoland oder Kamerun, frühere deutsche Besitzungen in West-Afrika, an Deutschland zurückgeben. Hierbei hebt er hervor, falls Frankreich sie behalte, so möchten sie sich zu einer Art „Kolonial Elsaß-Lothringen" gestalten. Weiter führt die Denkschrift aus, wenn man diese Besitzungen Deutschland zurückgebe, so würde damit eine Gefahr für den Weltfrieden beseitigt und in Deutschland durch eine solche Betätigung der Versöhnlichkeit seitens Frankreichs großer Eindruck gemacht werden. Wie Ludwig Scholz erklärt, ist er der Meinung, daß die Unterhandlungen für Lösung dieses Problems sich besser direkt zwischen den Mandatarmächten und Deutschland bewerkstelligen lassen als durch die Völkerliga.

Schweden.

Die Arbeiter Schwedens, gegen die die fünf bedeutendsten Industrien eine Sperre erklärten, haben beschlossen, den Lockungen der Kommunisten, einen Generalstreik zu erklären, nicht zu folgen. Die Führer der Arbeiterverbände gelangten auf ihrer Konferenz, in der Gegenmaßregeln durchberaten wurden, zu diesem Entschluß. In einem Aufruf an die ausgeschlossenen Arbeiter werden diese aufgefordert, sich aller heftigen Demonstrationen zu enthalten und ruhig die Entwicklungen abzuwarten. Das Schiedsgerichtskomitee der Regierung versucht inzwischen alles mögliche, eine friedliche Schlichtung der Streitfragen herbeizuführen und die Aussichten dazu sind nicht die schlechtesten. Im Falle der Holzarbeiter, Mantelmacher und Kohlenfuhrleute ist bereits ein Vergleich zustande gekommen.

Türkei.

Die türkische Armee ist konzentriert worden, um die Revolution in Kurdistan zu zermalmen. Abgesehen von der regulären Armee von 100,000 Mann hat der Generalstab 100,000 Reserven in Anatolien mobil gemacht. Da die Anhänger des Sheik Said Korane und grüne Flaggen des Propheten tragen, so betreibt die Regierung eine intensive republikanische Propaganda unter den Truppen. Die Rebellen, welche mehr auf Beute als auf die Unabhängigkeit Kurdistans bedacht sind, unternehmen Streifzüge in nordöstlicher Richtung bis zu Vario, halbwegs zwischen Mouch und Erzerum, und in südöstlicher Richtung bis Severk. Der türkische Oberkommandeur hat große Massen von Infanterie, Kavallerie und Artillerie in die Gebirgsgegenden geworfen und gleichzeitig den Angriff auf die Rebellen begonnen. Es ist die Absicht Kemal Paschas, nicht nur Sheik Said und dessen Anhänger zu vernichten, sondern auch die zwei Millionen Kurden im östlichen Anatolien zum Steuerzahlen, zum Militärdienst und zur Anerkennung der Republik zu zwingen.

Palästina.

Die Schüler der technischen Schule gingen anläßlich des Besuches von Lord Balfour an den Streik. Balfour kommt zur Eröffnung der hebräischen Universität. Aus gleichem Grunde wurde ein allgemeiner Streik unter den Arabern beschlossen. Die Regierung, welche die Schüler vorher verwarnt hatte, schloß die Schule. Lord Balfour ist Verfasser der Erklärung, welche die britische Politik zur Förderung der Entwicklung des jüdischen Heimatlandes in Palästina erläutert.

China.

Die Reuter-Agentur meldet, daß nach einem der chinesischen Mission zugegangenen Telegramm die Stadt Taliju im westlichen Teil der Provinz Jünnan durch ein Erdbeben zerstört wurde. Nach der Erschütterung brach in der genannten Stadt eine Feuersbrunst aus.

Indien.

Depeschen aus Kalkuta melden einen gräßlichen Fall von der Opferung von Kindern für die Göttin Kali in Kandi, nahe Jabalapur in den Mittelprovinzen. Der junge Sohn eines früheren eingeborenen Beamten Mulchand erkrankte. Die Familie hielt ihn von einem Teufel besessen und beschloß zu seiner Gesundung die Schwester des Knaben zu opfern. Als keine Besserung eintrat, wurde der Knabe der Nahrung beraubt und gefesselt an einen heiligen Platz gebracht, wo er starb. Mulchand und zwei Söhne sind wegen des Verbrechens zum Tode verurteilt, eine Schwiegertochter zu lebenslänglicher Einsperrung.

Vereinigte Staaten.

Präsident Coolidge hat Staatssekretär Kellogg ersucht, gewisse vorbereitende Schritte zu unternehmen, um die Grundlage für eine neue Konferenz zur Einschränkung der Marinerüstungen festzulegen. Diese vorbereitende Arbeit soll nach Ansicht des Präsidenten zuerst in Erwägung ziehen, welche technischen Probleme bei der geplanten Konferenz in Betracht kommen sollen und dann soll mit den Großmächten Fühlung genommen und ermittelt werden, ob sie die Einberufung einer neuen Konferenz für wünschenswert halten.

Weiter bauen!

Wie die Väter einst gestritten,
Was sie trugen und erlitten,
Sagt euch der Geschichte Buch.

Laßt es nicht Papier nur bleiben,
In die Seele müßt Ihr's schreiben,
Einen Wahr- und Lebensspruch!

Denn sie schufen und erbauten,
Weil der Zukunft sie vertrauten;
Ihre Zukunft, das sind wir.

Laßt sie nicht zu Schanden werden,
Was der Väter Kraft auf Erden
Einst begann; vollbringt es Ihr.

Wer nicht weiterbaut, zerstöret;
Was Euch heute noch gehöret,
Eures Volkstums Zahl und Kraft —

Morgen wird's der Sturm Euch rauben,
Wenn das Wollen und das Glauben
In den Seelen Euch erschlafft.

Der Parteilose

Ein Zwiegespräch am Wahltage.

Von Walter Bloem.

„Wohin?"

„Ich geh' wählen."

„Wählen? Sie? Ich denke, Sie stehen außerhalb des Getriebes der unseren Politik?"

„Tu ich. Aber darum wähl' ich doch."

„Ja, wen denn, um Himmels willen? Wo Sie doch keiner Partei angehören und immer erklären, daß kein Parteiprogramm auch nur entfernt Ihren persönlichen Anschauungen entspricht?"

„Wen ich wähle? Den Kandidaten der Partei, der sich von meinen persönlichen Anschauungen am wenigsten entfernt."

„Und warum denn das?"

„Damit nicht Parteien siegen, die sich von meinen Anschauungen noch viel weiter entfernen."

— Die Jagd nach Reichtum gleicht der nach einem Floh: je eifriger man ihn sucht, desto rascher entspringt er.

— Die Frau und das Echo behalten immer das letzte Wort.

— Erkenne die Geleise, in denen die Menschen sich bewegen und du brauchst sie nicht mehr zu fürchten.

— Die wahre Weisheit eines Menschen liegt einzig darin, den rechten Maßstab zwischen Gut und Böse zu finden und anzuwenden.

— Erfahrung allein genügt nicht, um klüger zu werden. Man braucht auch den Willen, die alten Dummheiten aufzugeben.

— Zwischen Gut und Böse schwankt ein Seil. Der drauf tanzt, ist der Zweifler, den wir betlatschen, aber keineswegs beneiden.

— Der einzige Mut mancher Männer besteht darin, daß sie Frauen erröten machen. Ein trauriger Beweis von Tapferkeit.